

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Fachausschusses für
Grundsatzangelegenheiten, zentrale Steuerung, Finanzen

Sitzungstermin:	Dienstag, 18.11.2014
Sitzungsbeginn:	19:30 Uhr
Sitzungsende:	21:40 Uhr
Ort, Raum:	Besprechungsraum 1, Zimmer-Nr. 2.29, Bahnhofstraße 2 (Rathaus), 35260 Stadtallendorf,

Anwesend sind:

Frau Ilona Schaub
Herr Werner Hesse
Herr Markus Becker
Herr Jürgen Berkei
Herr Thomas Dziuba
Herr Dieter Erber
Herr Michael Feldpausch
Herr Reinhard Kauk
Herr Winand Koch
Frau Maria März
Herr Klaus Ryborsch
Herr Manfred Thierau
Herr Bernd Waldheim

Stadtverordnetenvorsteher:

Herr Hans-Georg Lang

Stellv. STVVorsteher/in:

Herr Frank Hille
Herr Wolfgang Salzer

Vom Magistrat:

Herr Otmar Bonacker
Herr Christian Somogyi

Von der Verwaltung:

Herr Klaus-Peter Riedl

Schriftführer:

Herr Markus Harder

Entschuldigt fehlen:

Herr Stephan Klenner

Tagesordnung:

- 1 Eröffnung und Begrüßung
 - 2 Beratung von eingegangenen Anträgen
 - 2.1 DuI-Prüfung; Antrag gem. § 14 der FDP-Fraktion vom 02.11.2014 (eingegangen am 02.11.2014)
Vorlage: FDP/2014/0002
- Beschlüsse**
- 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresabschlusses 2013 des Eigenbetriebes "Dienstleistungen und Immobilien"
 1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz
 2. § 7 Abt. 3 Nr. 5 Eigenbetriebsgesetz
 3. § 27 Abt. 3 EigenbetriebsgesetzVorlage: DuI/2014/0041/1
 - 4 Entwicklung eines Zielsystems für Stadtallendorf zur zielorientierten Neuausrichtung und Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2014/0135
 - 5 1. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Stadtallendorf (WVS) vom 17.12.2009
Vorlage: FB5/2014/0022
 - 6 1. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Stadtallendorf (EWS) vom 17.12.2009
Vorlage: FB5/2014/0023
 - 7 1. Änderungssatzung zur Abfallsatzung der Stadt Stadtallendorf (AbfS) vom 17.12.2009
Vorlage: FB5/2014/0024
 - 8 10. Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Stadtallendorf (StrS) vom 29.06.1971
Vorlage: FB5/2014/0026
 - 9 Renovierungsarbeiten am Kindergarten Marienheim, Albert-Schweitzer-Straße. 35260 Stadtallendorf
Vorlage: FB3/2014/0009
- Kenntnisnahmen**
- 10 Sachstandbericht über die Auswirkungen der geplanten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016
Vorlage: FB1/2014/0137
 - 11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2014 (eingegangen am 19.11.2014); betr. Resolutionsantrag zur Kommunalen Selbstverwaltung
Vorlage: FDP/2014/0003
 - 12 Beteiligungsbericht 2012 und 2013
Vorlage: FB1/2014/0127
 - 13 Mitteilungen
 - 13.1 Entwurf zum Controlling-Bericht
 - 14 Verschiedenes

Inhalt der Verhandlungen:

- Zu 1 Eröffnung und Begrüßung**
Die Vorsitzende, Frau Stv. Schaub, begrüßt die Anwesenden zu der Sitzung des Fachausschusses I. Im Besonderen begrüßt sie Herrn Bürgermeister Somogyi, Herrn Ersten Stadtrat Bonacker, Herrn Riedl von der Verwaltung, den Gast Herrn Stadtrat Klapper und den Schriftführer Herrn Harder.

Die Vorsitzende stellt die Beschlussfähigkeit und den form- und fristgerechten Zugang der Einladung fest.

Die Vorsitzende teilt mit, dass eine Tischvorlage mit der Nummer FB3/2014/0009 „Renovierungsarbeiten am Kindergarten Marienheim“ unter dem Tagesordnungspunkt 9 und die Tischvorlage FB1/2014/0137 „Sachstandbericht über die Auswirkungen der geplanten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016“ unter TOP 10 auf die Tagesordnung aufgenommen werden.

Der von der FDP eingereichte Dringlichkeitsantrag Resolutionsantrag zur Kommunalen Selbstverwaltung wird unter dem Tagesordnungspunkt 11 behandelt.

Die nachfolgenden Tagesordnungspunkte verschieben sich entsprechend.

Zu 2 Beratung von eingegangenen Anträgen

Zu 2.1 DuI-Prüfung; Antrag gem. § 14 der FDP-Fraktion vom 02.11.2014 (eingegangen am 02.11.2014) Vorlage: FDP/2014/0002

Herr Stv. Koch (FDP) stellt den Antrag seiner Fraktion vor und erläutert die Beweggründe, weshalb eine Prüfung einer möglichen Wiedereingliederung des Eigenbetriebes Dienstleistungen und Immobilien in die Verwaltung vorgenommen werden sollte.

Die Stadtverordneten Herr Erber (CDU) und Herr Hesse (SPD) unterstützen diesen Antrag und bitten um Überprüfung.

Antragstext:

1. Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, inwieweit es sinnvoll ist und welche Auswirkungen es hat, wenn die städtischen Immobilien nichtmehr durch den Eigenbetrieb Dienstleistungen und Immobilien verwaltet werden und welche Alternativen zu dieser Verwaltung möglich sind.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu Beschlüsse

Zu 3 Feststellung des Jahresabschlusses 2013 und Beschlussfassung über die Behandlung des Jahresabschlusses 2013 des Eigenbetriebes "Dienstleistungen und Immobilien"

1. § 5 Nr. 11 Eigenbetriebsgesetz
 2. § 7 Abt. 3 Nr. 5 Eigenbetriebsgesetz
 3. § 27 Abt. 3 Eigenbetriebsgesetz
- Vorlage: DuI/2014/0041/1**

Die Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt zur Aussprache.

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Beschluss:

1. Die Stadtverordnetenversammlung stellt den Jahresabschluss 2013 des Eigenbetriebes Dienstleistungen und Immobilien mit einem Jahresüberschuss von 511.436,14 € fest.
2. Der Jahresgewinn 2013 von 511.436,14 € wird auf das nächste Wirtschaftsjahr vorgetragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 4 Entwicklung eines Zielsystems für Stadtallendorf zur zielorientierten Neuausrichtung und Konsolidierung des Haushaltes der Stadt Stadtallendorf
Vorlage: FB1/2014/0135

Die Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt zur Aussprache.

Herr Bürgermeister Somogyi berichtet über die Personalversammlung vom 12.11.2014 und teilt mit, dass die Belegschaft der Entwicklung eines Leitbildes für Stadtallendorf offen gegenüber steht.

Weiter teilt er mit, dass die unter dem Punkt „Interessanter Wirtschaftsstandort in zentraler Lage“ befindliche Bezeichnung „zuverlässiger Partnerstandort der Deutschen Bundeswehr“ auf Grund der Kooperation mit den Niederlanden abgeändert werden sollte.

Herr Stv. Hesse (SPD) pflichtet dem bei und schlägt vor, dass die Bezeichnung „deutschen“ gestrichen werden sollte. Der Vorschlag findet Zustimmung innerhalb des Ausschusses.

Bezüglich des durchgeführten Workshops zur Entwicklung eines Zielsystems für Stadtallendorf mit den Verantwortlichen der Verwaltung und der Firma CCE Consult. Stellt sich innerhalb des Ausschusses die Frage, welche Kosten hierdurch verursacht worden sind.

Herr Bürgermeister Somogyi verweist darauf, dass diese Frage bereits in der Magistratssitzung vom 10.11.2014 beantwortet worden ist.

Mitteilung der Verwaltung

960,00 € Kick-Off Veranstaltung
76,80 € Nebenkostenpauschale
<u>204,40 € Reisekosten für Workshop Verwaltung/Projektvorstellung FA I</u>
1.241,20 €
<u>235,83 € MwSt. 19%</u>
<u>1.477,03 €</u>

Diese Rechnung wurde zusätzlich fällig, da die Politik den vorab vereinbarten Termin für den Kick-Off-Workshop abgesagt hat. Es wurde ein Workshop mit den Verantwortlichen der Verwaltung durchgeführt. Der gemeinsame Beginn des Zielworkshops fand später statt (Quelle: Protokollauszug 33. Sitzung des

Magistrats vom 10.11.2014).

Beschluss:

1. Das beigefügte Zielsystem wird beschlossen.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, die von der Fa. CCE-Consult angebotenen Module II und III durchzuführen.
3. Das Ergebnis des Moduls II ist der Stadtverordnetenversammlung zur abschließenden Feststellung vorzulegen.
4. Das Ergebnis des Moduls III ist der Stadtverordnetenversammlung zur Entscheidung vorzulegen.
5. Die Gesamtkosten für die Module II und III in Höhe von rd. 14.000 EUR sind im Haushaltsplan 2015 zu veranschlagen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür
1 Enthaltung

Zu 5 **1. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt
Stadtallendorf (WVS) vom 17.12.2009
Vorlage: FB5/2014/0022**

Herr Bürgermeister Somogyi erläutert die Vorlage und gibt zu verstehen, dass die Satzungsänderungen lediglich dazu dienen, dass die Einstufung unserer Gebührenforderungen als bevorrechtigt gesichert bleibt.

Die Vorsitzende schlägt vor, dass über die Tagesordnungspunkte 5 bis 8 gemeinsam abgestimmt werden sollte.

Beschluss:

Die Betriebskommission empfiehlt dem Magistrat, den als Anlage beigefügten Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Wasserversorgungssatzung der Stadt Stadtallendorf (WVS) vom 17.12.2009 zu beschließen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung gem. § 51 Nr. 6 HGO vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 6 **1. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Stadtallendorf
(EWS) vom 17.12.2009
Vorlage: FB5/2014/0023**

Siehe TOP 5.

Beschluss:

Die Betriebskommission empfiehlt dem Magistrat, den als Anlage beigefügten Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Entwässerungssatzung der Stadt Stadtallendorf (EWS) vom 17.12.2009 zu beschließen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung gem. § 51 Nr. 6 HGO vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 7 **1. Änderungssatzung zur Abfallsatzung der Stadt Stadtallendorf (AbfS) vom 17.12.2009**
Vorlage: FB5/2014/0024

Siehe TOP 5.

Beschluss:

Die Betriebskommission empfiehlt dem Magistrat, den als Anlage beigefügten Entwurf der 1. Änderungssatzung zur Abfallsatzung der Stadt Stadtallendorf (AbfS) vom 17.12.2009 zu beschließen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung gem. § 51 Nr. 6 HGO vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 8 **10. Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Stadtallendorf (StrS) vom 29.06.1971**
Vorlage: FB5/2014/0026

Siehe TOP 5.

Beschluss:

Die Betriebskommission empfiehlt dem Magistrat, den als Anlage beigefügten Entwurf der 10. Änderungssatzung zur Gebührenordnung zur Satzung über die Straßenreinigung der Stadt Stadtallendorf (StrS) vom 29.6.1971 zu beschließen und der Stadtverordnetenversammlung zur endgültigen Beschlussfassung gem. § 51 Nr. 6 HGO vorzulegen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu 9 **Renovierungsarbeiten am Kindergarten Marienheim, Albert-Schweitzer-Straße. 35260 Stadtallendorf**
Vorlage: FB3/2014/0009

Herr Bürgermeister Somogyi stellt die Vorlage vor.

Bezüglich der Fragestellung, ob Renovierungsarbeiten an einem nichtstädtischen Kindergarten zu den Pflichtaufgaben einer Kommune zählen, nimmt Herr Riedl Stellung und teilt mit, dass der Hessische Städte- und Gemeindebund in der Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen im investiven Bereich eine Pflichtaufgabe der Kommune sehen.

Beschluss:

1. Für die Sanierung des Kindergartens Marienheim mit Gesamtkosten in Höhe von 434.150,00 € erhält die Katholische Kirchengemeinde einen Investitionskostenzuschuss.
2. Neben
 - a) den im Haushaltsplan 2011 bereitgestellten und ausgezahlten 41.000,00 € und

- b) den im Haushaltsplan 2013 bereitgestellten und noch nicht ausgezahlten 50.000,00 € erklärt sich die Stadtverordnetenversammlung grundsätzlich bereit, die Sanierung des Kindergartens Marienheim bis zum Höchstbetrag von 303.905,00 € (=70 % der Gesamtkosten) zu fördern.
- 3. Der über den Betrag von 91.000 EUR hinausgehende Investitionskostenzuschuss in Höhe von dann noch 212.905 EUR steht unter dem Vorbehalt der Veranschlagung in den Haushaltssatzungen/ -plänen 2015 ff. und deren Genehmigung durch die Kommunalaufsicht des Landkreises Marburg-Biedenkopf.
- 4. Der restliche Investitionskostenzuschuss von 212.905 EUR ist in der mittelfristigen Finanzplanung 2015 ff. wie folgt zu veranschlagen:
 - a) Haushaltsplan 2015: 100.000 EUR,
 - b) Haushaltsplan 2016: 100.000 EUR,
 - c) Haushaltsplan 2017 12.905 EUR.
- 5. Sofern die Einrichtung innerhalb der nächsten 25 Jahre nicht mehr als Kindertagesstätte oder von einem anderen Träger betrieben wird, hat die Kirchengemeinde den städtischen Investitionskostenzuschuss anteilig nach Jahren der Stadt zu erstatten.

Abstimmungsergebnis: einstimmig dafür

Zu Kennntnisnahmen

**Zu 10 Sachstandbericht über die Auswirkungen der geplanten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016
Vorlage: FB1/2014/0137**

Anhand einer Präsentation stellt Herr Bürgermeister Somogyi die geplanten Änderungen der Hessischen Landesregierung bezüglich der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs dar.

Auf Grund der verheerenden finanziellen Einschnitte, welche mit der Neuregelung des kommunalen Finanzausgleichs einhergehen würden, stellt Herr Bürgermeister Somogyi die Frage, ob die bereits begonnen Bauprojekte weitergeführt werden sollen.

Nach emotionaler Diskussion besteht innerhalb des Finanzausschusses, parteiübergreifend, Einigkeit darüber, dass gemeinschaftlich gegen diese geplante Neuregelung vorgegangen werden soll. Es soll nach Aussage von Herrn Stadtverordnetenvorsteher Lang der Rechtsweg geprüft werden, weiter soll nach Vorschlag von Herrn Bürgermeister Somogyi das Gespräch mit den Kommunen gesucht werden, welche ebenfalls im negativen Sinne von dieser Neuregelung betroffen sind.

Auf die Frage, ob die laufenden Bauprojekte eingestellt werden sollen, gibt es ebenfalls eine klare gemeinschaftliche Meinung. Die Bauprojekte stellen Pflichtaufgaben dar und sind von hoher Bedeutung für ein Mittelzentrum wie Stadtallendorf. Auf Grund dessen und weil mit einer Aussetzung erhöhte Kosten einhergehen würden, ist von einer Einstellung der Bauprojekte abzusehen.

Herr Erster Stadtrat Bonacker sieht die Stadt in der Pflicht, die Bevölkerung über

die geplanten Änderungen zu informieren, da die Bevölkerung im erheblichen Maße von der Neuregelung betroffen sein wird. Dies könnte in Form einer Bürgerversammlung erfolgen. Herr Bürgermeister Somogyi steht dem positiv gegenüber, will jedoch erst die weitere Entwicklung abwarten, da die für die Neuregelung herangezogenen Zahlen nicht dem aktuellen Stand entsprechen und nach Mitteilung der Hessischen Landesregierung höhere Schwankungen enthalten können.

Bezüglich des von der FDP gestellten Dringlichkeitsantrags „Resolutionsantrag zur Kommunalen Selbstverwaltung“ ist man sich einig, dass ein gemeinsamer Antrag erarbeitet werden sollte.

Kenntnisnahme:

Die Auswirkungen der geplanten Neuregelung des Kommunalen Finanzausgleichs ab 2016 werden zur Kenntnis genommen.
Einzelheiten hierzu werden mündlich vorgetragen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

**Zu 11 Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion vom 18.11.2014 (eingegangen am 19.11.2014); betr. Resolutionsantrag zur Kommunalen Selbstverwaltung
Vorlage: FDP/2014/0003**

Siehe TOP 10.

Antragstext:

Die Stadtverordnetenversammlung Stadtallendorfs appelliert eindringlich an die Hessische Landesregierung, das im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland verankerte Prinzip der Kommunalen Selbstverwaltung, insbesondere das Recht auf „finanzielle Eigenverantwortung“ (Art. 28 Absatz 2 GG), zu achten und die durch aufsichtsrechtliche Erlasse des Hessischen Innenminister erfolgten Einschränkungen dieser Rechte zurückzunehmen.

Insbesondere die vom Hessischen Innenminister verfügten Erlasse vom 3. März 2014 (Rosenmontags-Erlass) und vom 29. Oktober 2014 (Finanzplanungserlass) greifen konkret und massiv in die grundgesetzlich garantierte finanzielle Eigenverantwortung der Kommunen, besonders der Stadt Stadtallendorf ein.

Die Landesregierung wird außerdem aufgefordert, das Grundprinzip der kommunalen Selbstverwaltung und die finanzielle Eigenverantwortung auch bei der Ausgestaltung des künftigen Kommunalen Finanzausgleich (KFA) umfassend zu berücksichtigen und nicht auszuhöhlen.

Das Land Hessen muss eine bedarfsgerechte Finanzierung der Kommunen sicherstellen.

Den Kommunen die sich erfolgreich und gut entwickeln, darf nicht jeglicher Anreiz zum erfolgreichen Wirtschaften genommen werden.

Das Land darf nicht bei erfolgreichen Kommunen wie Stadtallendorf die Erhöhung kommunaler Steuern erzwingen.

Die Folge ist eine weitere zusätzliche Belastung der Bürger. Sie erstickt die Kraft der erfolgreichen Entwicklung z. B. Stadtallendorfs.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 12 **Beteiligungsbericht 2012 und 2013**
Vorlage: FB1/2014/0127

Die Vorsitzende stellt den Tagesordnungspunkt zur Aussprache.

Herr Stv. Hesse (SPD) stellt die Frage, was die auf Seite 23 des Beteiligungsberichtes aufgeführte Abkürzung „PRAP“ bedeutet.

Mitteilung der Verwaltung:

Passive Rechnungsabgrenzungsposten (PRAP) dienen dazu, eine haushaltsgerechte Zuordnung von Erträgen zu ermöglichen. Als PRAP werden Erträge verbucht, deren Ertrag erst dem folgenden Haushaltsjahr zuzurechnen ist.

Kenntnisnahme:

Der als Anlage beigefügte Beteiligungsbericht 2012 und 2013 wird zur Kenntnis genommen.

Beratungsergebnis: Zur Kenntnis genommen

Zu 13 **Mitteilungen**

Zu 13.1 **Entwurf zum Controlling-Bericht**

Herr Bürgermeister Somogyi stellt den Entwurf zum Controlling-Bericht vor und erläutert die Einzelheiten.

Wortmeldungen liegen nicht vor.

Zu 14 **Verschiedenes**

Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Ilona Schaub
Vorsitzende

Markus Harder
Schriftführer